

Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1 vom 23. Januar 2024

Vorsitz François Scheidegger, Stadtpräsident

Anwesend Alexander Kaufmann (bis 19.00 Uhr)
Angela Kummer
Daniel Hafner
Andreas Saladin (Ersatz)
Michael Schlup (Ersatz ab 19.00 Uhr)
Robert Gerber
Konrad Schleiss (Ersatz)
Ivo von Büren
Marc Willemin
Nicole Arnold
Fabian Affolter
Richard Aschberger
Matthias Meier-Moreno
Tobias Neuhaus
Patrick Crausaz

Entschuldigt Remo Bill
Alexander Kohli

Anwesend von Amtes wegen Susanne Sahli, Geschäftsführerin Aggloverein
Aquil Briggen, Stadtbaumeister
Reto Kämpfer, Leiter SDOL
Fabian Affolter, Präsident Jugendkommission
Marcel Chatelain, Präsident GPK
Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt
David Baumgartner, Finanzverwalter
Mike Brotschi, Projektleiter KSF
Luzia Meister, Stadtschreiberin
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin,
Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)

Dauer der Sitzung 17:00 Uhr - 21:55 Uhr

TRAKTANDEN (2115 - 2126)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 11 vom 31. Oktober 2023
- 2 2115 Bahnhof Grenchen Süd: Masterplan, Nachtragskredit
- 3 2116 Altersstrategie 2030 der Stadt Grenchen: Projekt Ausarbeitung eines Altersleitbildes
- 4 2117 Lindenhaus: Bericht zur offenen Jugendarbeit / Midnight Sports 2022
- 5 2118 GPK-Abklärung «Umsetzung Sanierung TV-Stadion; Beitrag Stadt Grenchen CHF 1 Mio.»
- 6 2119 GPK-Bericht zur Behandlung von Motionen und Postulaten im Gemeinderat
- 7 2120 Stadion Brühl: Benutzervereinbarung Stadt Grenchen - Schweizerischer American Football Verband (SAFV)
- 8 2121 Rückbau Liegenschaften Allerheiligenstrasse 109 / 111 (GB Nr. 3564)
- 9 2122 Rückbau Liegenschaft Allmendstrasse 50 (GB Nr. 4251)
- 10 2123 Neuorganisation Stadtgrün, Anpassung Stellenplan
- 11 2124 Stadtkanzlei: Wiederbesetzung der Stelle Nr. 6 Stadtschreiber/in, Einsetzen eines Wahlausschusses
- 12 2125 Mitteilungen und Verschiedenes
- 13 2126 **VERTRAULICH**

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 11 vom 31. Oktober 2023 wird genehmigt.

- o -

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 23. Januar 2024

Beschluss Nr. 2115

Bahnhof Grenchen Süd: Masterplan, Nachtragskredit

Vorlage: Aggloverein/11.01.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Susanne Sahli, Geschäftsführerin Aggloverein, schildert die Ausgangslage.
- 1.2 Stadtbaumeister Aquil Briggen spricht ein paar Worte zum Werkstattverfahren.
- 1.3 Christof Tucharland, Panorama AG für Raumplanung Architektur und Landschaft, äussert sich kurz zum Prozessvorgehen.
- 1.4 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Daniel Hafner erklärt, dass die Umgebung Bahnhof Grenchen Süd ein zentraler Entwicklungsbereich und ein zentrales Areal für die Stadt und Region ist. Als zentrale Massnahme des Aggloprogramms 4. Generation ist die Aufwertung des Bahnhofs Grenchen Süd zur multimodalen Drehscheibe vorgesehen. Der erste Schritt dazu wurde mit der Umgestaltung des Bahnhofplatzes gemacht. Es gibt diverse Projekt, die dort unten laufen. Auch soll eine Langsamverkehrsverbindung kommen, die den Durchgang zu den Ausbildungs- und Sportstätten gewährleistet. Das Gebiet soll ein Begegnungszentrum werden für Wohnen, Arbeiten, Dienstleistungen. Der Aggloverein hat eine fundierte Gesamtplanung ins Auge gefasst, die er mit einem Masterplan angehen möchte. Die SBB ist sich des historischen Projekts bewusst und unterstützt die Vorlage und den Nachtragskredit.
- 2.2 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno begrüsst die Mitte-Fraktion die Ausarbeitung des Masterplans, welcher sich neben der multimodalen Drehscheibe auch der von der Mitte geforderten Langsamverkehrsquerung widmet und sich der städtebaulichen Transformation im Gebiet vor allem südlich des Bahnhofs annimmt. Dort sieht auch die Mitte grosses Potenzial, welches es zu nutzen gilt. Dies gelingt aber nur durch den konstruktiven Miteinbezug der Landbesitzer, der ansässigen Firmen und der SBB. Denn nur wenn alle Anliegen optimal aufeinander abgestimmt und koordiniert werden, gelingt eine weitsichtige Zukunftsplanung für die kommenden 25 Jahre. Da alle eine Weiterentwicklung dieses Gebiets wollen, ist eine Unterstützung des geplanten Vorgehens des Planungsbüro Panorama, unumgänglich. Es ist zu hoffen, dass das sportliche Unterfangen innerhalb der geforderten 12 Monaten abgeschlossen werden kann, denn nur so kommt man auch in den Genuss des Aggloprogramms der 5. Generation. Mit der breit abgestützten Begleitgruppe, dem gewählten Werkstattverfahren sowie dem zu wählenden Leiter Konrad Schleiss sollte genügend fachliches Knowhow vorhanden sein, um pünktlich ans Ziel zu gelangen. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und stimmt den Anträgen so zu.

- 2.3 Gemeinderat Robert Gerber erklärt, dass der Bahnhof Grenchen Süd schon heute eine wichtige Drehscheibe für Bus und Bahn ist und seine Bedeutung in absehbarer Zeit noch zunehmen könnte, wenn es gelingt, alle Partner Bund, Kanton Solothurn, Stadt Grenchen, SBB, BGU, Liegenschaftsbesitzer zusammenzuhalten, und diese Partner bis zuletzt auch Lei halten und zudem stehen, was sie während des Projektverlaufs versprechen. Es ist sehr, sehr wichtig, dass die Arealentwicklung nicht nur auf einen beschränkten Perimeter ins Auge gefasst wird, sondern grosszügig. Insbesondere dem Gebiet südlich der Bahnlinie ist ebenso Beachtung zu schenken, wenn nicht sogar grössere Beachtung. Wenn man die Umgebungen der grösseren Bahnhöfe zwischen Biel und Zürich näher anschaut, hat es dort in aller Regel unmittelbar neben den Gleisen nicht eine grössere Anzahl schlecht genutzter Privatparkplätze, sondern bebaute Areale mit zum Beispiel Dienstleistungsbetrieben, picobello mit öV erschlossen. Das Gebiet rund um den Südbahnhof ist auch eine Art Filetstück der Stadt Grenchen, Bahnhofareale allgemein. Deshalb ist es wichtig, dass Planungen sehr sorgfältig angegangen werden und vermieden wird, dass durch Schnellschüsse Präjudizien geschaffen werden, die später bereut werden. Die FDP-Fraktion begrüsst das vorgeschlagene Vorgehen und insbesondere auch das Einsetzen eines breit abgestützten Begleitgremiums. Nur so lässt sich in einer vernünftigen Zeitspanne eine Regelung erarbeiten, die auch in sich schlüssig ist. Die FDP ist für Eintreten auf die Vorlage und stimmt den gestellten Anträgen zu.
- 2.4 Dass der Auslöser für den Masterplan Bahnhof Süd das Aggloprogramm 4. Generation ist, so Gemeinderat Marc Willemin, ist nachvollziehbar und logisch. Mit der Sanierung des Bahnhofplatzes, die allen Leuten zugutekommt, ist eine erste wichtige Massnahme in Ausführung. Die SVP-Fraktion findet das Vorgehen sinnvoll und unterstützt die Anträge.
- 2.5 Gemeinderat Patrick Crausaz findet das Prozedere sehr gut. Schade, dass der Gemeinderat so kurz nach dem verabschiedeten Budget 2024 über einen Nachtragskredit 2024 befinden muss, der ein 4-Faches des budgetierten Betrages beträgt. Mit dem Vorschlag, Konrad Schleiss als «Kümmerer» einzusetzen, ist die GLP sehr zufrieden. Sie wird auf das Geschäft eintreten und den Anträgen zustimmen.
- 2.6 Stadtpräsident François Scheidegger bemerkt, dass man sehr schnell unterwegs ist. Im November 2023 hat man mit der Aufgleisung des Projekts begonnen.
Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Programmentwurf zum Wertstattverfahren «Masterplan Bahnhof Grenchen Süd» (Beilage 1)
- 3.1.1 Matthias Meier-Moreno hat eine Frage zu Ziff. 2.6 «Wendegleis und Personenunterführung (sistiert)» auf Seite 24. Was bedeutet dies konkret? Welchen Einfluss hat die Sistierung auf den Masterplan sowie auf die Langsamverkehrsquerung?
- 3.1.2 Aquil Briggen erklärt, dass die Personenunterführung sistiert ist (nicht das Wendegleis). Die SBB will aus Abstimmungsgründen zuerst den Masterplan haben, deshalb hat sie ihre Arbeiten sistiert.
- 3.1.3 Christof Tscharland erklärt, dass die SBB intern noch nicht geklärt hat, wie die Entwicklung überregional vonstattengehen soll. Es ist sinnvoll, jetzt den Masterplan zu machen.

3.2 Anträge und Beschlussesentwurf

Ziff. 4.1 wird einstimmig gutgeheissen.

Ziff. 4.2 wird einstimmig gutgeheissen.

Ziff. 4.3 wird einstimmig gutgeheissen.

Konrad Schleiss begibt sich vor der Abstimmung zu Ziff. 4.4 als Kandidat in den Ausstand.

Ziff. 4.4 wird einstimmig (14 Stimmen) gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

4.1 Das Projekt «Masterplan Bahnhof Süd», inkl. Kosten für die Leitung des Begleitgremiums und einem Reservebetrag, mit Gesamtkosten von CHF 250'000.00 wird genehmigt.

4.2 Zu Lasten ER 2024, Konto Nr. 7900.3132.00 wird ein Nachtragskredit von CHF 122'000.00 genehmigt.

4.3 Die Kostenbeteiligung des Kantons von 40 % der Gesamtkosten wird zur Kenntnis genommen.

4.4 Herr Konrad Schleiss wird als Leiter des Begleitgremiums für das Werkstattverfahren und den Masterplan Grenchen Bahnhof Süd gewählt.

BD
FV
Aggloverein

7.9.1 / acs



Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 23. Januar 2024

Beschluss Nr. 2116

Altersstrategie 2030 der Stadt Grenchen: Projekt Ausarbeitung eines Altersleitbildes

Vorlage: SDOL/21.12.2023

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger führt in das Geschäft ein.
- 1.2 Reto Kämpfer, Leiter SDOL, fasst die Vorlage zusammen.
- 1.3 Ida Boos, Pro Senectute Kanton Solothurn, gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderätin Angela Kummer findet es äusserst wichtig, dass die Stadt Grenchen ein kommunales Leitbild erarbeitet. Der Schlussbericht des VSEG scheint ihr eine passende Grundlage zu sein, um darauf die kommunale Sicht aufzubauen. Im Bereich Wohnen ist feststellbar, dass es in Grenchen einen geringeren Anteil an Alterswohnungen gegenüber anderen Bezirken gibt. Es ist sinnvoll, den Auftrag an Pro Senectute zu vergeben. Sie sind gut aufgestellt, haben viel Erfahrung und sind seit vielen Jahren in Grenchen tätig. Die SP-Fraktion schlägt Gemeinderat Daniel Hafner als ihren Vertreter vor und ist gespannt auf die Resultate.
- 2.2 Gemäss Gemeinderat Tobias Neuhaus dankt die Mitte-Fraktion für die Ausführungen und stimmt einer Ausarbeitung eines Altersleitbildes für Grenchen zu. Ebenfalls dankt sie Reto Kämpfer für die Beantwortung der Fragen in der Mitte-Fraktion und der Akzeptanz, dass die Vertretung der jeweiligen Parteien nicht zwingend von einem Gemeinderat übernommen werden muss - insofern aus der Partei eine geeignete Person mit Knowhow und Motivation gefunden wird. Nach Rücksprache mit der geeigneten Vertretung für die Mitte stellt sich Bertha Heiri für die Begleitgruppe zur Verfügung. Dies dank ihrer Bereitschaft, sich für das Alter zu engagieren, und ihrem beruflich langjährigem Pflegefachwissen. Ein herzliches Merci!
- 2.3 Gemeinderat Patrick Crausaz erachtet das Vorgehen als sehr gut, insbesondere die breite Abstützung der Begleitgruppe. Die Offerte von Pro Senectute ist sehr fair. Damit ist die Begleitung des Projekts in kompetenten Händen. Der Zeitplan ist straff und ehrgeizig, so dass man rasch am Ziel ist. Er wird für die GLP in der Begleitgruppe mitarbeiten.
- 2.4 Nachdem die Stadt Grenchen, so Gemeinderat Robert Gerber, im letzten Sommer als altersfreundliche Stadt ausgezeichnet wurde, geht es nun darum, gewisse Sachen zu verfeinern und anhand des Kochbuches, das vorhanden ist, auszuarbeiten. Vieles sei schon vorhanden oder zumindest andiskutiert worden, hat es bereits letzten Sommer geheissen und so steht es auch heute in der Vorlage.

In Zusammenarbeit mit Pro Senectute soll nun ein Altersleitbild ausgearbeitet werden. Die Bevölkerung wird immer älter, und es ist zu beobachten, dass immer öfter ältere Personen vom Land in die Stadt ziehen. Wahrscheinlich weil der öV besser ausgebaut ist, es altersgerechteren Wohnraum gibt, die Einkaufsmöglichkeiten umfangreicher sind und die Pflegedienste - sprich Spitex - vorhanden und gut organisiert ist. Es liessen sich noch weitere Vorteile aufzählen. Mit Pro Senectute steht ein idealer Partner bereit, um dieses Vorhaben zu begleiten und zu einem guten Ende zu führen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und wird den gestellten Anträgen zustimmen. Als Vertreter der Fraktion delegiert sie ihr ältestes Mitglied in die Begleitgruppe.

- 2.5 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass auch die SVP-Fraktion auf die Vorlage eintreten wird. Es ist ein Fakt, dass die Leute immer älter werden. In Grenchen werden nahezu nur noch Alterswohnungen gebaut. Er wäre erfreut, wenn man auch etwas für Jüngere bauen würde. Seit er im Gemeinderat ist, diskutiert man von einer Altersstrategie. Dass man das jetzt an die Hand nehmen will, findet er gut. Er wird in der Arbeitsgruppe Einsitz nehmen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Projekt Altersleitbild der Stadt Grenchen 2030 wird genehmigt.
- 4.2 Die Pro Senectute Solothurn wird mit der Ausführung des Projektes gemäss Offerte beauftragt.
- 4.3 Die Begleitgruppe setzt sich wie folgt zusammen:
- Vertretung der Spitex Grenchen
 - Vertretung Stiftung Alterssiedlung Grenchen
 - Vertretungen Gemeinderat
 - FDP: Robert Gerber
 - SVP: Ivo von Büren
 - SP: Daniel Hafner
 - Mitte: Bertha Heiri
 - GLP: Patrick Crausaz
 - Reto Kämpfer, Leiter Soziale Dienste Oberer Leberberg, von Amtes wegen
- 4.4 Zu Lasten ER 2024, Konto 5350.3130.30 (Dienstleistungen Dritter) wird ein Nachtragskredit von CHF 20'000.00 genehmigt.
- 4.5 Zu Lasten ER 2024, Konto 0120.3000.00 (Tag- und Sitzungsgelder an Behörden und Kommissionen) wird ein Nachtragskredit von CHF 1'200.00 für die Sitzungsgelder der Begleitgruppe genehmigt.

Vollzug: SDOL

SDOL
FV

5.5.1 / acs



Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 23. Januar 2024

Beschluss Nr. 2117

Lindenhaus: Bericht zur offenen Jugendarbeit / Midnight Sports 2022

Vorlage: JUKO/08.01.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Fabian Affolter, Präsident Jugendkommission, verweist auf die Vorlage und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno war als ehemaliger Präsident des Lindenhauses «not amused», dass das Controlling 2022 erst jetzt in den Gemeinderat kommt. Dies mit dem Wissen darum, dass bereits das Controlling 2023 fertiggestellt ist. Ihn befremdet auch sehr, dass wegen Anpassungsdiskussionen an der Leistungsvereinbarung das Controlling zurückgehalten wurde. Auch wenn eine Seite mit der Leistungsvereinbarung nicht mehr zufrieden oder einverstanden ist, hätte man dies nicht verknüpfen sollen, sondern parallel behandeln können. Er wäre froh, wenn sich der Präsident der Jugendkommission und wenn nötig auch der Präsident des Lindenhauses dazu äussern könnten. Die Mitte-Fraktion nimmt den Controllingbericht zur offenen Jugendarbeit mit Wohlwollen zur Kenntnis und stellt fest, dass nach Corona die Besucherzahlen wieder angestiegen sind sowie jüngere Kinder das Lindenhaus für sich entdeckt haben, sprich ein Generationenwechsel stattgefunden hat. Die Mitte dankt dem Lindenhaus-Team sowie dem Vorstand für ihre wertvolle Arbeit.
- 2.2 Laut Andreas Saladin, Ersatz-Gemeinderat, bedankt sich die SP-Fraktion für den Bericht zur offenen Jugendarbeit / Midnight Sports 2022 und findet es sehr unglücklich, dass das Reporting und das Controlling so spät gekommen sind. Man hätte über die Gründe informieren können. In der Vorlage der Jugendkommission steht nichts über Midnight und die Spielplätze. Gemäss Leistungsvereinbarung Betreuung Spielplätze hätte man das Controlling erwartet. Man sieht, dass sich die Jugendarbeit stetig ändert und sich an die Gegebenheiten anpassen muss. Beratungsgespräche und Aufgabenhilfe sind weniger gefragt. Man muss den Mut haben, das Angebot anpassen. Die SP wünscht sich, dass der Vorstand die Mittel bedürfnisgerecht einsetzt. Man sollte das Controlling vereinfachen und den Mitarbeitenden weniger grossen Aufwand bereiten. Bei Besuchern immer nach der Nationalität zu fragen, ist nicht mehr zeitgemäss. Bei den Spielplätzen sieht man Bedarf bei der Vorstandsarbeit. Es sind zu wenige Leute in die strategischen Aufgaben involviert. Die SP vermisst den Effort für Mitgliederwerbung und Fundraising. Es wäre einfacher, wenn die Spielplätze und das Lindenhaus einen gemeinsamen Vorstand hätten, so dass man nicht für beide Bereiche Leute suchen müsste. Angesichts ihres Einsatzes für die Kinder und der Herausforderungen, die zu bewältigen sind, geht ein grosses Dankeschön der SP an die Vorstandsmitglieder und alle anderen Beteiligten.

- 2.3 Gemeinderat Patrick Crausaz kann sich der Kritik der Mitte daraus anschliessen. Die GLP nimmt Kenntnis vom Rechnungsbericht und vom Controllingbericht «Offene Jugendarbeit Lindenhaus 2022 und Midnight» und dankt dem Lindenhaus, den Betreuerinnen Spielplätze, den Midnight-Coaches sowie allen anderen Beteiligten für die geleistete gute Arbeit im anspruchsvollen Umfeld.
- 2.4 Natürlich ist es, so Konrad Schliess, Ersatz-Gemeinderat, nicht so schön, dass der Bericht 2022 erst jetzt kommt. Das Positive überwiegt, deshalb ist die FDP-Fraktion bereit, das abzuschliessen und vorwärtszuschauen. Es ist bereits ein neuer Bericht in Arbeit. Die Idee, die aufsuchende Jugendarbeit in das Lindenhaus zu integrieren, findet er sehr gut. Die FDP würde es begrüessen, wenn man einfachere Strukturen hätte und nur mit einer Vereinsleitung arbeiten könnte. Ansonsten kann sie mit der Entwicklung des Lindenhauses und der Spielplätze leben, die Leute sind motiviert. Der Stadt tut es gut, wenn man in diesem Bereich sauber arbeitet.
- 2.5 Wie Gemeinderätin Nicole Arnold ausführt, nimmt auch die SVP-Fraktion vom Jahresbericht 2022 Kenntnis. Es ist sicher unglücklich, dass man ihn infolge Diskussionen über eine Anpassung der Leistungsvereinbarung erst jetzt zu Gesicht bekommt. Die SVP fände es sinnvoll, wenn man für das zukünftige Controlling eine Bedarfsabklärung machen könnte, um die Bedürfnisse zu eruieren. Jugendarbeit und Spielplätze Führungsmässig unter einem Dach zu vereinen, würde auch die SVP begrüessen.
- 2.6 Dass der Bericht 2022 so spät kommt, so Fabian Affolter, nimmt er auf seine Kappe. Die Grundidee war, nur einmal mit dem Lindenhaus in den Gemeinderat zu kommen. Die Anpassung der Leistungsvereinbarung ist ein Anliegen des Vorstands. Es gibt Bedarf beim Controlling. Hier muss man eine gute Lösung finden, hinter der alle stehen können. Dann gibt es noch die Idee, die aufsuchende Jugendarbeit ins Lindenhaus zu integrieren. Hier sind einzelne Leute der Meinung, dass es zusammengehört. Betreffend Controlling zur Leistungsvereinbarung Spielplätze muss die ISG zuerst Erhebungen durchführen. Das ist für alle beteiligten Spielplätze nicht so einfach. Man arbeitet an einer Lösung und hofft, dass die Zahlen für das Berichtsjahr 2023 vorliegen werden, um die Spielplätze miteinander zu vergleichen.
- 2.7 Bisher, so Gemeinderätin Angela Kummer, gingen die Spielplätze immer vergessen. Seit 2022 hat man eine Leistungsvereinbarung und zwei angestellte Personen. Die Jugendkommission hat die Aufgabe, genauer hinzuschauen. Sie kann nachvollziehen, dass es im ersten Jahr nicht leistbar war. Die Zielgrössen sind in der Leistungsvereinbarung festgehalten. Die ISG erstattet der Jugendkommission Bericht über die durchgeführten Anlässe und die Anzahl Besucher. Wenn es um eine Anpassung der Leistungsvereinbarung geht, ist die Jugendkommission die richtige Stelle.
- 2.8 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger nimmt die Jugendkommission die Kritikpunkte und die Anregungen des Gemeinderates mit und wird in absehbarer Zeit wieder in den Gemeinderat kommen. Die Idee, die Vorstandsstruktur zu ändern, muss zuerst intern diskutiert und abgeklärt werden, bevor man damit in die politische Behörde geht. Die Interessengemeinschaft Spielplätze Grenchen (ISG) ist ein Verein und autonom. Die Zusammensetzung des Vorstands mit Co-Präsidium, Co-Vizepräsidium, Aktuar/in, Kassier/in, Beisitzer/in ist in den ISG-Statuten geregelt (Art. 18):
- *Eine Co-PräsidentIn leitet den Ausschluss «Jugendarbeit» der / die andere den Ausschluss «Spielplätze».*
 - *Eine Co-VizepräsidentIn gehört dem Ausschluss «Jugendarbeit» der / die den Ausschluss «Spielplätze» an.*

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Vom Rechnungsbericht und vom Controllingbericht «Offene Jugendarbeit Lindenhaus 2022 und Midnight» wird Kenntnis genommen.

4.2 Die Arbeit der ISG und der Jugendkommission wird verdankt.

JUKO

KSF

ISG Lindenhaus, Daniel Günter, Alpenstrasse 24, 2540 Grenchen

ISG Spielplätze, Chantal Heusser, Tannhofstrasse 41, 2540 Grenchen

3.5.6 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 23. Januar 2024

Beschluss Nr. 2118

GPK-Abklärung «Umsetzung Sanierung TV-Stadion; Beitrag Stadt Grenchen CHF 1 Mio.»

Vorlage: KZL/10.01.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Marcel Chatelain, Präsident Geschäftsprüfungskommission, fasst die Vorlage zusammen.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemäss Gemeinderat Alexander Kaufmann ist sich die SP-Fraktion mit der GPK einig. Die Empfehlungen 1 + 2 kann sie unterstützen. Bei Investitionsbeiträgen der Stadt muss zwingend sichergestellt sein, dass die Gelder auch wirklich bestimmungsgemäss eingesetzt wurden. Kriterien sollten bei Vergaben von Geldern vorgängig klar definiert sein. Zusätzlich sind die vorgeschlagenen Sicherungsmassnahmen gemäss Empfehlung 2 in Zukunft ebenfalls zu berücksichtigen und umzusetzen. Die SP wünscht sich, dass die Empfehlungen in Verpflichtungen umgesetzt werden. Als Folge der GPK-Abklärung müsste nun diesbezüglich eine Vorlage ausgearbeitet werden, damit es nicht nur bei einer Empfehlung bleibt, sondern die Massnahmen in Zukunft verpflichtend angewendet werden. Die SP nimmt von den Abklärungen und Empfehlungen Kenntnis und erwartet für die zukünftige Umsetzung in der Anwendung mehr Verbindlichkeiten.
- 2.2 Wie Gemeinderat Tobias Neuhaus ausführt, nimmt die Mitte-Fraktion den Bericht der GPK mit etwas Verwunderung zur Kenntnis. Man beachte nebst Punkt 2.2. in der Vorlage zur laufenden und guten Berichterstattung über das Entwicklungsprojekt und den Auszahlungen in Teilbeträgen im Nachgang zum effektiven Baufortschritt, dass mit Marco Crivelli ein Gemeinderat und Architekt in die Umsetzung und Sanierung zum TV-Stadion mit einbezogen worden ist. Die Beteiligung der Stadt Grenchen an solchen Projekten war und bleibt wichtig und richtig. Die Kriterien sollten für alle gleich sein. Das Gefühl einer Bevorteilung eines Vereines sollte nicht entstehen. Dies ist hier nicht der Fall.
- 2.3 Gemeinderat Patrick Crausaz spricht der GPK seinen herzlichen Dank aus. Der Bericht ist ausführlich, faktenbasiert und nüchtern. Die Abklärungen sind sicher zu begrüßen. Die Empfehlungen gefallen ihm und leuchten ihm ein. Es ist nicht so einfach, geeignete Sicherheitsmassnahmen zu erlassen (z.B. Grundbucheintrag, Vorkaufsrecht, Rückzahlungsverpflichtung bei Umnutzung). Das muss man von Fall zu Fall anschauen. Beim Turnerstadion ist noch nicht klar, wie man die GPK-Empfehlung gemäss Ziff. 1.2 der Vorlage umsetzen will.

- 2.4 Gemäss Gemeinderat Robert Gerber hat die FDP-Fraktion das Dokument selbstverständlich eingehend studiert und anlässlich der Fraktionssitzung ebenso ausführlich diskutiert. Es ist in der Tat so, dass das sanierte und ausgebauten Turnerstadion ein Bijou ist. Ein Bijou auch in der Hinsicht, als das der Besitzer und Betreiber des Stadions - der TV Grenchen - das Ganze in eigener Regie an die Hand genommen hat, die Finanzierung selber zu einem grossen Teil aufgebracht hat, sich zu diesem Zweck auf Sponsorensuche machte und nicht, wie das auch vorkommt, einfach bei der öffentlichen Hand die hohle Hand macht. Er erwähnt in diesem Zusammenhang auch gerne den Judoclub Grenchen, der auch selber in die Hände gespuckt hat und seine Wirkungsstätte auch zu einem Bijou ausbaute. Mehr Mühe bekundet die FDP-Fraktion beim Gedanken, immer und überall sogenannte Sicherstellungen angehen zu müssen. Das kann im Einzelfall sinn- und wertvoll sein, aber es kann auch gefährlich sein. Dann nämlich, wenn der Betreiberverein einer Sportstätte oder so eingeht, aufgibt und die Stadt resp. die öffentliche Hand quasi einspringen soll und muss und dann die gesamte Last trägt. Dies vor allem, weil die Allgemeinheit der Auffassung ist, dies und das müsse unbedingt weiterbetrieben werden, koste es was es wolle. Nebenbei bemerkt, könnte ein Aspekt auch Neid sein. Nicht dass die Mitglieder der GPK neidisch auf den Turnverein sind, aber andere. Die FDP-Fraktion nimmt von den Abklärungen der GPK Kenntnis.
- 2.5 Gemeinderat Ivo von Büren bekundet wieder einmal ein wenig Mühe mit der GPK. Hat sie nichts anderes zu tun? Sie macht Abklärungen, wo die Million hin ist. Es war ein GR-Beschluss. Vorhin wurde noch das Velodrome erwähnt. Er denkt, dass man das nicht so schlecht gemacht hat. Es ist ein Leuchtturm und war eine sehr gute Investition. Das Turnerstadion ist ebenfalls ein Leuchtturm. Dass die Stadt 1 Mio. Franken investiert, ist nicht mehr als recht. Dass der Verein das Geld richtig eingesetzt hat, sei zu kontrollieren. Manchmal muss man vertrauen haben - er hat es. Er hätte Verständnis, wenn es einen Schuss in den Ofen gewesen wäre. Es sind aber zwei wunderbare Projekte. Er kann mit den Anträgen leben. Es ist schade für die Zeit und die Steuergelder, welche die GPK vernichtet hat.
- 2.6 Patrick Crausaz weist darauf hin, dass die GPK ein Pflichtenheft hat, worin steht, was ihre Befugnisse sind. Er schätzt ihre Arbeit sehr. Sie hat ihren Job gemacht. Was das Vertrauen anbelangt, schliesst er sich seinem Vorredner an. Hingegen, was die Arbeit der GPK betrifft, ist er anderer Meinung.
- 2.7 Für Gemeinderat Daniel Hafner will die GPK, dass die Stadt präventiv etwas unternimmt. Der SVP-Vertreter meint, dass er Vertrauen hat. Das ist eine eigenwillige Art, sich bei Investitionsbeiträgen abzusichern. Die SVP ist doch sonst so finanzorientiert. Es wäre gut, wenn die Stadt mindestens einen Vollzugsbericht erhält. Das Turnerstadion ist ein Bijou. Aber wird es ausreichend ausgelastet? Das Velodrom ist eine gute Sache, aber immer etwas am Limit der Wirtschaftlichkeit. Er hätte von der SVP mehr Praxissinn und weniger Naivität erwartet. Die GPK soll unbedingt so weiter machen.
- 2.8 Gemäss Marcel Chatelain hat die GPK die Aufgabe, den Einsatz von Steuermitteln zu überprüfen. Hier geht es um mehr als um Geld, welches für unnötige Arbeit «verbraten» wurde. Die GPK will auf einen Umstand hinweisen, der Gemeinderat kann die Empfehlungen übernehmen oder nicht.
- 2.9 François Scheidegger bemerkt, dass der Rahmen der GPK im Pflichtenheft sehr weit gestreckt ist. Die GPK kann das ohne Weiteres machen. Sicherheitsmassnahmen müssen einzelfallweise angeschaut werden.

- 2.10 Gemäss Marcel Chatelain spricht man hier von ein paar hunderttausend Franken. Nicht für jeden Beitrag müssen allfällige Sicherheitsmassnahmen ins Auge gefasst werden. Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Von den Abklärungen und den Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission zur Abwicklung Sanierung TV-Stadion wird Kenntnis genommen.
- 4.2 Die Stadtverwaltung wird die Überlegungen zur bestimmungsgemässen Verwendung von Unterstützungsbeiträgen sowie zur Absicherung von Investitionsbeiträgen bei künftigen Unterstützungsprojekten angemessen einbeziehen.

GPK
FV

3.4.5 / acs



Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 23. Januar 2024

Beschluss Nr. 2119

GPK-Bericht zur Behandlung von Motionen und Postulaten im Gemeinderat

Vorlage: KZL/11.01.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Marcel Chatelain, Präsident Geschäftsprüfungskommission, erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation (s. Beilage).
- 1.2 Stadtschreiberin Luzia Meister und Stadtpräsident François Scheidegger geben ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Auch diesen Bericht, so Gemeinderat Robert Gerber, hat die FDP-Fraktion recht ausführlich besprochen. Sie ist auch der Auffassung der GPK, dass die Thematik Motionen und Postulate nicht eine einfache ist und insbesondere im Kanton Solothurn mit seiner «komischen» Organisationsformen in Sachen Gemeinden eine Zwitterlösung darstellt. Es wird richtigerweise festgestellt, dass Motionen und Postulate Instrumente der Legislative sind. Die Gemeinderäte im Kanton Solothurn sehen sich als Exekutive, sind es von Gesetzes wegen auch, führen sich aber in vielen Fällen als Legislativen auf. Gerade im Fall von Postulaten, oder der «Postulatitis» ist die FDP auch der Auffassung, dass da eine andere Gangart nötig wäre. Auch was die Fristen angeht. Wenn die Verfahrensdauer ein Jahr und länger dauert, weiss in aller Regel auch der Postulant oder die Postulantin kaum mehr, um was es eigentlich gegangen ist, oder im besten Fall hat sich das «Problem» in dieser Zeit von selbst erledigt. Aus diesem Grunde kann die FDP sich gut vorstellen, dass die Gangart bei Postulaten in Bezug auf die Verfahrensdauer im Sinne der Empfehlungen gestrafft werden sollte. Dass es immer öfter auch postulatsähnliche Motionen oder motionsähnliche Postulate gibt, ist ein weiterer Grund, dass man wieder einmal klar machen muss, was motionsfähig ist und was nicht. Es ist vielleicht auch eine Frage der Ausbildung der politischen Newcomer. In diesem Zusammenhang sei kurz erwähnt, dass auch die Formulierung der Fragen einer Interpellation geübt sein muss, damit nicht lediglich mit Ja oder Nein geantwortet werden kann. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Fristenangelegenheit bei Postulaten einer Revision unterzogen werden kann, dass aber der übrige Revisionsbedarf den grossen Aufwand nicht wert ist und dass die «Kleine Anfrage» auf keinen Fall liquidiert werden darf. Die Beantwortung einer «Kleinen Anfrage» verursacht wesentlich weniger bürokratischen Aufwand, als dies eine Interpellation oder ein Postulat tut.
- 2.2 Gemeinderat Daniel Hafner dankt der GPK ebenfalls für diese fundierte Analyse. Wie immer wird eine konstruktiv kritische Lösung und ein adäquates Vorgehen präsentiert. Auch die SP-Fraktion hat den Prozess der Beschleunigung diskutiert, sieht das genauso und kann dahinterstehen.

Die GPK empfiehlt, die «Kleine Anfrage» zu streichen. Was die Informations- und Kontrolleinstrumente anbelangt, ist die SP der Meinung, dass mit der «Kleinen Anfrage» auch der «kleine» Weg beschriftet wird. Die Interpellation ist eine Würdigung im grösseren Ausmass. Man nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis und unterstützt im Grossen und Ganzen die Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates.

- 2.3 Gemäss Gemeinderat Tobias Neuhaus nimmt die Mitte-Fraktion den Bericht zustimmend zur Kenntnis und dankt für die Arbeit mit der Präsentation. Der GPK-Bericht schlägt vor, die «Kleine Anfrage» abzuschaffen, weil man ja jederzeit den Verantwortlichen zu einem politischen Geschäft fragen kann. Eine mündliche Auskunft zwischen Tür und Angel ist aber nicht dasselbe. Bei der «Kleinen Anfrage» muss sich die Verwaltung substantiell mit einem politischen Geschäft auseinandersetzen und die schriftliche Antwort dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit eröffnen. Das fordert die Verwaltung heraus und verhindert, dass unliebsame Vorfälle vertuscht werden. Solche Vorstösse können auch den Anstoss zu grösseren Geschäften geben oder unnötige Vorstösse mit wenig Aufwand verhindern. Die Mitte empfiehlt dem Rat daher, sich wie die Mitte für den Erhalt der «Kleinen Anfrage» stark zu machen.
- 2.4 Die GLP, so Gemeinderat Patrick Crausaz, spricht einmal mehr ihren Dank an die GPK für den ausführlichen Bericht aus. Sie kann den Anträgen so zustimmen und begrüsst auch die vorgeschlagene Sofortmassnahme. Er befürwortet, dass die «Kleine Anfrage» ersatzlos gestrichen werden soll. Das kann man sehr wohl zwischen Tür und Angel machen. Man hat immer noch das Mittel der Interpellation, wenn man mit der Aussage nicht zufrieden ist oder nachhaken will.
- 2.5 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion den Bericht zur Kenntnis nimmt. Sie kann mit den vorgeschlagenen Anträgen leben. Ebenfalls kann sie auf die «Kleine Anfrage» verzichten. Er hat zum Thema noch eine allgemeine Bemerkung: Es werden im Gemeinderat sehr viele Vorstösse eingegeben. Ein grosser Teil der Sachen könnte man telefonisch erledigen, aber dann ist man nicht auf der Liste der Vorstösse und in der Presse. Es gibt Parteien, die sind Spitzenreiter auf der Liste. Die Vorstösse belasten die Verwaltung und legen sie lahm, weil sie beantwortet werden müssen. In dieser Zeit könnte sie sich mit sinnvollen Sachen beschäftigen.
- Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Anträge und Beschlussesentwurf

3.1.1 Ziff. 4.1 wird einstimmig gutgeheissen.

3.1.2 Die GPK beantragt als Sofortmassnahme folgende neue Ziff. 4.2:

Für jedes hängige Postulat, das seit seiner Erheblicherklärung älter ist als ein Jahr, ist ein nachgeführter kurzer Prüfbericht zu verfassen; damit gilt das Postulat gleichzeitig als abgeschrieben. Der Gemeinderat beschliesst die Sammelvorlage.

Die neue Ziff. 4.2 wird einstimmig gutgeheissen.

3.1.3 Ziff. 4.3 (Ziff. 4.2 gemäss Vorlage) wird mit 12 : 1 Stimmen, bei 2 Enthaltungen , gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Vom Bericht der Geschäftsprüfungskommission wird Kenntnis genommen.
- 4.2 Für jedes hängige Postulat, das seit seiner Erheblicherklärung älter ist als ein Jahr, ist ein nachgeführter kurzer Prüfbericht zu verfassen; damit gilt das Postulat gleichzeitig als abgeschrieben. Der Gemeinderat beschliesst die Sammelvorlage.
- 4.3 Die Stadtschreiberin wird beauftragt, zur Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats bezüglich Vorstösse eine Vorlage auszuarbeiten und zu koordinieren.

Vollzug: KZL (Stadtschreiberin)

Beilage: GPK/23.01.2024: Präsentation

GPK
KZL (Stadtschreiberin)

9.2.1.1 / acs



Geschäftsprüfungskommission GPK
Prüfung Vorstösse

Präsentation GR | 23.01.2024



1

Ausgangslage

Vorstossart	Vorjahren		2008-2013	2013-2017	2017-2021	2022
Motion	16	davon	0	0	13	3
Postulat	34		8	2	19	5

2.1

Rechtscharakter

M = Machen

Mit der Motion wird - bei Erheblicherklärung - **verbindlich** ein Beschlussesentwurf verlangt, zu einem Geschäft, welches in den Zuständigkeitsbereich der Behörde fällt.

P = Prüfen

Mit dem Postulat wird - bei Erheblicherklärung - verlangt, dass die Exekutive - unabhängig von der Kompetenzordnung - **prüft**, ob der Behörde ein Beschlussesentwurf vorgelegt oder eine Massnahme getroffen oder unterlassen werden soll.

2.2

Unklare Regelung in der Geschäftsordnung GR

§ 33 Motion

¹ Mit einer Motion kann jedes Ratsmitglied einen Antrag zu einem nicht zur Beratung stehenden Geschäft stellen....

§ 34 Postulat

¹ Mit einem Postulat kann jedes Ratsmitglied das Stadtpräsidium einladen, einen Gegenstand aus dem Gebiete der Verwaltung zu prüfen oder ein bestimmtes Vorgehen oder Verhalten in Bezug auf einen solchen Gegenstand zu befolgen.....

3

Verfahren und Abschreibung von Postulaten

Einreichen des Postulates



Kurze Stellungnahme Stadtpräsidium über Erheblichkeit oder Nichterheblichkeit



Beschluss des Gemeinderates über Erheblichkeit oder Nichterheblichkeit



Bei Erheblichkeit hat das Stadtpräsidium dem Gemeinderat innert sechs Monaten (seit Erheblichkeitsklärung) einen Prüfbericht zur Kenntnis zu unterbreiten oder gleich einen Beschlussesentwurf vorzulegen oder nachzuweisen, dass eine geforderte Massnahme umgesetzt oder unterlassen wurde; gleichzeitig ist die Abschreibung des Postulates zu beantragen.



Folgt der Gemeinderat dem Abschreibungsantrag nicht, hat das Stadtpräsidium innert weiteren sechs Monaten einen Ergänzungsbericht zu verfassen. Mit diesem Ergänzungsbericht gilt das Postulat als abgeschrieben.

4.1

Empfehlungen

- Die beiden Instrumente Motion und Postulat im Gemeinderat sind trennschärfer zu umschreiben sind. Damit kann auch eine bessere Grundlage geschaffen werden, um vor allem erheblich erklärte und geprüfte Postulate zeitnaher abzuschreiben und nicht über Jahre mitzuschleppen.
- Das Instrument der "Kleinen Anfrage" ist ersatzlos zu streichen.
- Die Geschäftsordnung des Gemeinderates ist entsprechend anzupassen

4.2

Neuformulierung in der Geschäftsordnung GR

§ 33 Motion

Mit einer Motion kann jedes Ratsmitglied vom Stadtpräsidium verlangen, dem Gemeinderat im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates oder der Gemeindeversammlung einen Reglements - oder Beschlussentwurf vorzulegen.

§ 34 Postulat

Mit einem Postulat kann jedes Ratsmitglied vom Stadtpräsidium verlangen, zu prüfen und dem Gemeinderat zu berichten, ob im Zuständigkeitsbereich der städtischen Organe und der Verwaltung ein Reglements - oder Beschlussentwurf vorzulegen, eine Abklärung vorzunehmen, ein bestimmtes Vorgehen einzuschlagen oder eine Massnahme zu treffen oder zu unterlassen sei.

5

Sofortmassnahmen

- Für jedes hängige Postulat, das seit seiner Erheblicherklärung älter ist als ein Jahr, ist ein nachgeführter kurzer Prüfbericht zu verfassen; damit gilt das Postulat gleichzeitig als abgeschlossen. Der Gemeinderat beschliesst die Sammelvorlage.
- Es wird angeregt, auch diese Empfehlung in den Beschluss des Gemeinderates aufzunehmen.

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 23. Januar 2024

Beschluss Nr. 2120

Stadion Brühl: Benutzervereinbarung Stadt Grenchen - Schweizerischer American Football Verband (SAFV)

Vorlage: BD/08.01.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemäss Gemeinderat Alexander Kaufmann sind die goldenen Zeiten des grossen Fussballs in der Stadt Grenchen leider Geschichte. Zurzeit werden kleinere Brötchen gebacken und das Augenmerk mehr auf den Nachwuchs und die Juniorenausbildung gelegt. Das Stadion Brühl, welches sich nach der bewilligten Sanierung bald wieder in Topform präsentieren wird, bietet die Kapazität für mittelgrosse sportliche Anlässe. Es ist ein Glücksfall, dass der American Football Verband (SAFV) das Stadion Brühl zu seinem Nationalstadion nutzen will. Somit sind beim Bund auch NASAK-Beiträge abzuholen. Die angestrebte und in der Vorlage präsentierte Benutzervereinbarung der Stadt mit dem American Football Verband regelt die Nutzungsmodalitäten und die Zusammenarbeit mit dem wichtigen Fussballverein FC Grenchen15. Die SP-Fraktion ist erstaunt und zugleich froh und dankbar, dass die Verantwortlichen des FC Grenchen15 mit der Zusammenarbeit mit dem American Football Verband einverstanden sind und die Benutzervereinbarung unterstützen. Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage gemäss Beschluss.
- 2.2 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, durfte er als Besucher des vorletzten Swiss Bowls im Stadion Brühl überrascht feststellen, dass dieser Anlass bestens ins Stadion Brühl passt. Die Tribüne war mit American Football Fans aus Chur und Bern sowie neutralen Zuschauern mehr als zur Hälfte gefüllt. Auf dem Feld lieferten sich die Broncos und Grizzlies einen sportlich hochstehenden Fight und auf den Rängen herrschte eine tolle Stimmung, eine Art Volksfest. Im Gespräch mit seinen Kollegen der AG Sport und einem Sachverständigen durfte er feststellen, dass dieser Anlass Zukunftspotenzial hat. Daher erstaunt es ihn auch nicht, dass der SAFV zum gleichen Fazit gekommen ist und heute die Benutzervereinbarung Stadion Brühl zwischen der Stadt Grenchen und dem SAFV vorliegt. Die Mitte-Fraktion ist mit dieser Benutzervereinbarung einverstanden, findet den Hinweis der AG Sport, dass die Fussballvereine die Möglichkeit erhalten, sich dazu äussern zu dürfen, also absolut notwendig und auch den Passus, dass der SAFV bis am 31. Dezember die Jahresplanung für das kommende Jahr einreichen muss, zwingend. Die Gültigkeit des Vertrags bis Ende 2026 ist sinnvoll und gibt beiden Vertragsparteien die Möglichkeit, während drei Jahren Erfahrungen zu sammeln. Dank der Unterzeichnung des Vertrags kann das Stadion Brühl in

den NASAK-Katalog aufgenommen werden, was wiederum beim BASPO berechtigt, finanzielle Beiträge zu beantragen. Aus diesen Gründen unterstützt die Mitte den Antrag zur Unterzeichnung der Benutzervereinbarung.

- 2.3 Laut Gemeinderat Marc Willemin steht die SVP-Fraktion dem Vorhaben positiv gegenüber. Beim Judoclub teilen sich die verschiedenen Sportclubs und Sportarten das Dojo, so wird der Mietzins erträglich. Es fanden auch schon Anlässe mit Kultur in den Räumlichkeiten des Judo-Clubs statt (z.B. Bilderausstellung von Rolf Reber im 2021, Vernissage Grenchner Jahrbuch im 2023). Mit etwas gutem Willen geht alles. Die SVP wird der Vorlage zustimmen.
- 2.4 Gemeinderat Robert Gerber erklärt, dass die FDP-Fraktion mit dem gewählten Vorgehen und dem Abschluss einer Benutzervereinbarung ebenfalls einverstanden ist. Nachdem die Fussballvereine ihr Einverständnis gegeben haben und auch im Rahmen der Beratungen an der Gemeindeversammlung in der Sanierungsvorlage ebenfalls auf den Umstand hingewiesen wurde, dass der American Football Verband im Stadion Brühl heimisch werden wird, steht dem nichts mehr im Wege. Im Gegenteil, es ist zu begrüßen, dass die städtischen Sportstätten genutzt werden und nicht wie in vielen Fällen als Brache ihr Dasein fristen müssen. Die FDP stimmt der Vereinbarung zu.
- 2.5 Die GLP, so Gemeinderat Patrick Crausaz, schliesst sich den Vorrednern an, findet die Vorlage gut und stimmt selbstverständlich zu.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Benutzervereinbarung

3.1.1 Gemeinderätin Angela Kummer erkundigt sich zu Ziff. 3.3, ob betreffend Infrastrukturen (z.B. grössere Anzeigetafel) noch Kosten auf die Stadt zukommen oder das 1:1 für die Sportart so stimmt.

3.1.2 Gemäss Aquil Briggen stimmt es relativ gut. Im Budget ist eine neue Anzeigetafel drin (ging zufälligerweise kaputt). Man wird das mit dem SAFV abstimmen. Für die Goals braucht es noch Fundamente. Diese Kosten sind im Verhältnis zu den 2.5 Mio. Franken für die Gesamtanierung unbedeutend. Das Stadion Brühl wurde in den NASAK-Katalog der Sportanlagen von nationaler Bedeutung unter '4. Rasensport und Leichtathletik' aufgenommen. Für gewisse Sachen wird man finanzielle Beiträge beantragen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Benutzervereinbarung zwischen der Stadt Grenchen und dem SAFV wird genehmigt.

Vollzug: BD

BD (ZD)

3.4.2 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 23. Januar 2024

Beschluss Nr. 2121

Rückbau Liegenschaften Allerheiligenstrasse 109 / 111 (GB Nr. 3564)

Vorlage: BD/08.01.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 Andreas Saladin, Ersatz-Gemeinderat, hat sich vor Ort ein Bild gemacht. Es ist ganz klar, dass es offensichtlich nicht zu retten ist. Daher ist der Abriss sicher eine gute Idee. Für die SP-Fraktion ist wichtig zu betonen, dass es kein Abriss auf Vorrat sein darf. Das ist hier klar nicht der Fall. Positiv ist, dass die Obstbäume und der Brunnen der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

2.2 Gemäss Konrad Schleiss, Ersatz-Gemeinderat, kann die Parzelle aufgrund des einzuhaltenden Waldabstandes und des Gewässerabstandes nicht sinnvoll bebaut werden. Deshalb findet er die Idee aus der Ortsplanungsrevision, den Anteil Wohnzone auszu-zonen und an der Hohlenstrasse auf einem Grundstück der Stadt wieder einzuzonen, absolut richtig. Möglicherweise gibt es ein Fusswegrecht. Es konnte aber im Rahmen der Fusswegrichtplanung nicht herausgefunden werden. Dass man das weiter in der Freizeit nutzen kann, findet die FDP-Fraktion erfreulich.

2.3 Aquil Briggen bemerkt, dass die Baudirektion schon vor Jahren einen Fussweg geprüft hat. Die Errichtung eines Wegrechts kam nicht zustande. Der Bach wurde renaturiert. Es ist ein schönes Naturgebiet. Es gibt Amphibien. Wenn man dort einen Fussweg baut, hat man die Abfallproblematik. Jetzt ist es schön und unberührt.

2.4 Gemeinderat Ivo von Büren führt aus, dass der Zahn der Zeit an der Liegenschaft genagt hat. Man hat 30, 40 Jahre nichts investiert. Die geografische Lage ist unglücklich (in einem Loch). Er hat es auch persönlich angeschaut, es ist hoffnungslos. Es muss abgerissen werden. Die Aus- und Umzonung des Anteils Wohnzone macht Sinn.

2.5 Gemeinderätin Angela Kummer hat eine andere Haltung. Es geht um das bekannte Dählenhaus. Man hat in der Vorlage nicht vom grossen Identifikationsfaktor gesprochen. Der Zahn der Zeit hat daran genagt. Sie findet es ein spezielles Vorgehen. Es sollten keine Entscheide gefällt werden, solange die Ortsplanungsrevision nicht durch ist. Gemäss Denkmalpflege ist es erhaltenswert. Es könnte sein, dass es viel älter ist, als man meint, und mehr noch zu retten wäre. Es ist auf einer historischen Karte eingezeichnet. Man sollte die Liegenschaft fachgemäss untersuchen lassen. Die Denkmalpflege würde es unentgeltlich tun. So hätte man Unterlagen und eine bessere Grundlage, um einen Entscheid zu fällen. Es wäre ein weiteres Bauernhaus, das man retten könnte. Es ist auch nicht in einem «Loch».

Sie beantragt, den Entscheid zu vertagen, die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen und vor dem Abbruch eine bauhistorische Untersuchung durch die Denkmalpflege zu machen.

Eintreten wird beschlossen.

Der Antrag auf 1. Lesung wird mit 14 : 1 Stimmen abgelehnt.

3 Detailberatung

3.1 Falls man, so Angela Kummer, die bauhistorische Untersuchung doch noch macht, müsste man, wenn man das Abbruchgesuch eingibt, mit der Denkmalpflege schauen.

3.1.1 Aquil Briggen meint, dass man das noch nie gemacht hat. Es wurde nicht in die Ortsplanungsrevision aufgenommen. Es wurde mit der Denkmalpflege geprüft, ob es erhaltens- oder schützenswert ist. Es wird abgerissen.

3.1.2 Angela Kummer möchte, dass man es dokumentiert (Peter Brotschi könnte Fotos machen (Unterboden, Mühlestuhl). Die Fotodokumentation würde der kantonale Bauforscher Christoph Rösch (Amt für Denkmalpflege und Archäologie) machen.

3.1.3 Ivo von Büren hat alles angeschaut, es hat dort nichts, nicht einmal ein Backofen ist drin. Es ist ein Abbruchhaus. Alles, was schön war, wurde vor 50 Jahre herausgerissen. Was einbaut wurde, ist aus den 70ern.

3.1.4 Laut François Scheidegger hat man sicher nichts dagegen, wenn Christoph Rösch dorthin geht.

3.1.5 Gemeinderat Patrick Crausaz möchte keine schlafenden Hunde wecken.

3.1.6 Angela Kummer stellt den Antrag, dass die kantonale Denkmalpflege eine Fotodokumentation vor dem Abbruch machen darf.

Der Antrag wird mit 11 : 1 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

3.2 Anträge und Beschlussesentwurf

Ziff. 4.1 wird mit 14 : 1 Stimmen gutgeheissen.

Ziff. 4.2 wird mit 14 : 1 Stimmen gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

4.1 Das Projekt «Rückbau der beiden Liegenschaften Allerheiligenstrasse 109 / 111» wird genehmigt.

4.2 Zu Lasten ER 2024, Konto 9630.3439.60 «Planungen und Projektierungen Dritter», wird ein Nachtragskredit von CHF 130'000.00 genehmigt.

Vollzug: BD

BD (HB, LV)
FV

0.9.1.0 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 23. Januar 2024

Beschluss Nr. 2122

Rückbau Liegenschaft Allmendstrasse 50 (GB Nr. 4251)

Vorlage: BD/08.11.2023

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderätin Angela Kummer sieht das anders als die Baudirektion. Das Vorgehen findet sie falsch und verfrüht. Vor dem Rückbau sollte zuerst eine bauhistorische Untersuchung in der BAPLUK angeschaut und erst dann ein konkreter Vorschlag formuliert werden. Man sollte eine Studie in Auftrag geben. Es gibt tolle Vorschläge für eine andere Nutzung.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht mit 14 : 1 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Projekt «Rückbau Liegenschaft Allmendstrasse 50» wird genehmigt.
- 4.2 Zu Lasten ER 2024, Konto 9630.3439.60 «Planungen und Projektierungen Dritter», wird ein Nachtragskredit von CHF 136'000.00 genehmigt.

Vollzug: BD

BD (HB, ZD)
FV

0.9.1 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 23. Januar 2024

Beschluss Nr. 2123

Neuorganisation Stadtgrün, Anpassung Stellenplan

Vorlage: BD/04.12.2023

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen.
- 1.2 Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno erlebte die Stadtgärtnerei in den vergangenen Jahren viele Turbulenzen. Wechsel beim Personal, in der Führung, Krankheitsausfälle und Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung führten zu Mehraufwand, Mehrbelastung und schlussendlich auch zu einer schlechten Stimmung. Da brachte auch der Namenswechsel zu Stadtgrün keine wesentliche Verbesserung. Daher war es absolut nötig und wichtig, die gesamte Organisation einer Überprüfung zu unterziehen. Die Organisationsüberprüfung brachte Stärken und Schwächen ans Tageslicht und Synergien mit dem Werkhof wurden aufgezeigt. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Unterstellung der Stadtgärtnerei und des Friedhofs unter dem Leiter Werkhof. Durch die einheitliche Führung können die Mitarbeiter flexibler und gewinnbringender eingesetzt werden. Dabei ist bei der Stadtgärtnerei der Bereichsleiter, welcher als Vorarbeiter im Team mitarbeitet, ein sehr zentraler Punkt. Dieser hat bisher gänzlich gefehlt und ist zwingend nötig, um wieder eine Einheit und ein eingeschworenes Team zu werden. Denn nur zufriedene Mitarbeiter sind produktiv, kreativ und fehlen selten. Daher nimmt die Mitte-Fraktion mit Wohlwollen die Organisationsänderung zur Kenntnis und stimmt den Anträgen so zu.
- 2.2 Gemäss Konrad Schleiss, Ersatz-Gemeinderat, war es schon lange sichtbar, dass man in dieser Organisation etwas machen muss. Die Zusammenlegung mit dem Werkhof unter einer Führung macht Sinn, um saisonale Spitzen gegenseitig auszugleichen. In diesem Sinne unterstützt die FDP-Fraktion die Vorlage. Beim Namen Stadtgärtnerei ist er ein wenig überrascht. Das tönt nach einem Gärtnereibetrieb, einem gärtnerischen Produktionsbetrieb mit Treibhäusern. Stadtgrün macht vor allem den gärtnerischen Unterhalt der städtischen Grünflächen (Schul- und Sportanlagen, Verkehrs- und Parkgrün, Friedhof). Der moderne Begriff ist Grünstadt. Für die Umgebungspflege sollte mit einer Gärtnerei zusammengearbeitet werden. Die Stadt sollte nicht selbst Pflanzen produzieren. Er empfiehlt, die Namensgebung Stadtgärtnerei nochmals zu überlegen. Grünstadt wäre näher bei der Umgebungspflege als Stadtgärtnerei. Die FDP ist absolut dafür, dass man in der Organisation in diese Richtung gehen soll.

- 2.3 Dass etwas unternommen werden muss, so Gemeinderat Daniel Hafner, ist für die SP-Fraktion völlig klar. Dass man auch optisch mitbekommen hat, dass man eine Krisensituation hat, ist unbestritten, Es stellt sich die Frage, ob die einfache Organisationsstruktur die knappe Personalressourcen kompensieren kann. Ohne Outsourcing von Leistungen wird es nicht gehen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Gemäss Daniel Hafner sieht man auf Seite 5 des Schlussberichtes das Anforderungsprofil von Stadtgrün oder Grünstadt. In diesen Tagen spielen Biodiversität und die Bekämpfung invasiver Neophyten eine gewichtige Rolle. Er findet, dass die ökologischen Aspekte zu wenig dokumentiert sind. Gibt es einen verbindlichen Auftrag zur Förderung der Biodiversität? Wie prioritär werden in der Neuorganisation die ökologischen Themen behandelt? Im Stellenbeschrieb Bereichsleiter/in Stadtgärtnerei (Vorarbeiter) steht: *«Bau, Pflege und Unterhalt sämtlicher städtischer Grünräume nach Prinzip der Nachhaltigkeit»* Das ist in seinen Augen zu wenig. Dieser eminent wichtige Faktor sieht er in der Vorlage stiefmütterlich behandelt. Wo sind die Aufgaben in Bezug auf den Schutz der Biodiversität dokumentiert? Das fehlt ihm völlig. Die Baudirektion sagt es einfach, aber ihm fehlt die Verbindlichkeit.
- 3.1.1 Gemäss Aquil Briggen ist es nicht explizit dokumentiert. Beim Bau oder Umbau von Anlagen (z.B. SH Kastels, Aufwertung Stadtpark, Rückbau Liegenschaften) fliesst es automatisch in das Projekt hinein. Auch auf dem Friedhof wird durch vielfältige Bepflanzung und extensive Pflege die Biodiversität gefördert. Die Stadtgärtnerei ist auf dem Gemeindegebiet für meldepflichtige Pflanzen und Krankheiten zuständig (Kartierung, Bekämpfung) und muss das erforderliche Fachwissen sicherstellen. Die Neophytenbekämpfung wird im Rahmen der Beikrautbekämpfung gemacht. Es wird komplett auf Gift verzichtet. Für die Stadtgärtnerei ist diese Aufgabe selbstverständlich.
- 3.1.2 Daniel Hafner möchte verbindlich geregelt haben, dass der Schutz und die Förderung der Biodiversität Priorität haben.
- 3.1.3 Aquil Briggen meint, dass man bei der Priorität aufpassen muss. Beim Fussballrasen, der von der Stadtgärtnerei gemäht wird, hat es nicht Priorität.
- 3.1.4 Gemeinderat Patrick Crausaz ist auch ein Befürworter von Biodiversität, aber er geht davon aus, dass der Werkhof und die Baudirektion nach den geltenden Normen und Standards zur Förderung von Biodiversität des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA) sowie des Schweizerischen Verbands der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS) arbeiten. Das sind die Regeln der Technik. Dann erübrigt es sich, das zu erwähnen.
- 3.1.5 Gemäss Gemeinderätin Nicole Arnold ist in allen Köpfen angekommen, dass Biodiversität heute ein Schlüsselfaktor ist und man auf Gift verzichten soll. Das muss nicht mehr explizit erwähnt werden.
- 3.1.6 Konrad Schleiss unterstützt das Votum von Patrick Crausaz. In der Stadtplanung inkl. Ortsplanungsrevision gibt es strategische Grundsätze zur Biodiversität. Vorliegendenfalls geht es um die Ausführungsplanung. Man sollte den Betroffenen nicht einen Klotz an die Beine binden. Auf der strategischen Ebene ist es grundsätzlich drin, aber auf der operativen Ebene findet er nicht, dass es weitere Ausführungen braucht.

- 3.1.7 Laut Marc Willemin hat man gehört, dass es in der Baudirektion, im Werkhof und in der Stadtgärtnerei eine eingeführte Vorgehensweise ist. Auch wenn man es aufschreibt, ist es noch kein Garant, dass es beachtet und gelebt wird.
- 3.1.8 Vorauseilender Bonus in Ehren, Daniel Hafer ist es wichtig, dass der Biodiversität eine bedeutende Rolle in der Stadt zukommt. Er zieht seinen Antrag zurück.
- 3.1.9 Laut Gemeinderätin Angela Kummer sollte 'Biodiversität' im Stellenbeschrieb unter den Kompetenzen stehen. Es gibt Kurse, Weiterbildungen und Studienprogramme.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Von der Organisationsänderung wird Kenntnis genommen.
- 4.2 Die Stellen Nr. 251 und 258 (Gärtner) werden sistiert.
- 4.3 Folgende Stellen werden aufgehoben:
 - Nr. 250 (Leiter Stadtgrün)
 - Nr. 259 (Gartenarbeiter)
 - Nr. 267 (Gartenarbeiter)
 - Nr. 311 (Gärtner)
- 4.4 Die neue Stelle Nr. 250 Vorarbeiter Stadtgärtnerei 100 % wird genehmigt.
- 4.5 Der neue Stellenetat in der Gruppe Stadtgärtnerei beträgt total 500 Stellenprocente (ohne Friedhof, ohne sistierte Stellen).
- 4.6 Das Personalamt wird mit der Einreihung der neuen Stelle Nr. 250 Vorarbeiter Stadtgärtnerei zuhanden des Gemeinderats beauftragt.

Vollzug: BD (SBM), PA

BD
PA
FV

0.2.2 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 23. Januar 2024

Beschluss Nr. 2124

Stadtkanzlei: Wiederbesetzung der Stelle Nr. 6 Stadtschreiber/in, Einsetzen eines Wahlausschusses

Vorlage: PA/20.12.2023

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger schildert die Ausgangslage.

1.2 Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 Wie Gemeinderat Robert Gerber ausführt, handelt es sich bei der Stelle Stadtschreiber/in zweifellos um eine für das Funktionieren der Stadtverwaltung sehr wichtige und zentrale Stelle. Der Auswahlprozess muss deshalb besonders sorgfältig angegangen werden, damit die Stelle optimal wiederbesetzt werden kann und es ist sicher wichtig, dass dieser Schritt zeitnah an die Hand genommen wird. Eine Überlappung der Stelle ist praktisch unabdingbar. In Zusammenhang mit der Neubesetzung dieser Stelle ist es angezeigt, sich wieder einmal die vielfältigen Grundaufgaben eines Stadtschreibers vor Augen zu führen. Im Schülerdeutsch könnte man sagen, der Gemeinbeschreiber schreibt, was der Gemeinderat sagt. So einfach ist es dann auch nicht. Er ist Stabschef, Ansprechperson, Innovator, Strategieberater, Kommunikator, Mediensprecher, Gastgeber, Koordinator und Berater. Wie die Stelle inskünftig ausgerichtet sein soll, das ist unter anderem auch Aufgabe des Wahlausschusses dies festzulegen bzw. dem Gemeinderat entsprechende Vorschläge zu machen. Es ist angezeigt, auch das vorzuschlagen ist Aufgabe des Wahlausschusses, ein Assessment mit den Kandidatinnen und Kandidaten der engsten Wahl (circa drei) durchzuführen. Es scheint auch eine Überlegung wert, dass diese Fachperson bereits bei der Analyse der Bewerbungsunterlagen beigezogen werden kann. Noch eine Frage zum Wahlausschuss: Er hat das Protokoll aus dem Jahre 2009, als letztmals die Stelle des Stadtschreibers neu besetzt werden musste, konsultiert. Damals war der Stadtpräsident auch von Amtes wegen Mitglied des Ausschusses. Er gehörte der SP an und es war ein weiteres Mitglied der SP-Fraktion Mitglied des Wahlausschusses. Warum ist das jetzt nicht der Fall?

2.2 Gemäss Gemeinderat Tobias Neuhaus stimmt die Mitte-Fraktion den Anträgen und dem Beschlussentwurf zur Bildung eines Wahlausschusses für die Stelle als Stadtschreiber/in zu. Für die Wahl in den Ausschuss wird Matthias Meier-Moreno vorgeschlagen. Das Datum zur Besetzung der Stelle auf 1. Juni 2024 ist sehr sportlich angesetzt, die Mitte ist jedoch auch froh, dass es vorwärts geht. Und zum Schluss bittet er die Mitglieder des Wahlausschusses, folgendes Zitat von Jeff Bezos (Gründer von Amazon) im Sinne der Besetzung für die Stelle zu beherzigen:

«Ich führe lieber 50 Vorstellungsgespräche und stelle niemanden ein, als die falsche Person einzustellen.» 50 Vorstellungsgespräche wird es wohl nicht geben, aber die Mitte ist zuversichtlich, dass eine geeignete Person gefunden wird.

- 2.3 So wie es Gemeinderat Daniel Hafner mitbekommen hat, ist die Stelle Stadtschreiber/in grundsätzlich eine der zentralen Stellen der Stadt. Wenn der Wahlausschuss so eine Person wählen will, muss er darüber nachdenken, was die zentralen Aufgaben sind. Es geht darum, die zeitgenössischen Anforderungen an die Stelle zu formulieren. Ist der Wahlausschuss das richtige Gremium, um das Anforderungsprofil zu erstellen? Wäre es nicht zielführender, es von einem Profi mit Unterstützung des Stadtpräsidenten machen zu lassen? Wird man der Stadtschreiberin Luzia Meister auch noch Fragen stellen?
- 2.3.1 Esther Müller-Cernoch denkt, dass die Stadt am besten weiss, wie sich das Arbeitsumfeld des Stadtschreibers verändert hat und wie es sich entwickeln wird. Sie sieht nicht, dass eine externe Person das Anforderungsprofil macht. Sie mutet sich das selbst zu. Grenchen ist nicht die einzige Stadt mit einer Stadtschreiber-Stelle. Es gibt gewisse Kernaufgaben, die klar definiert sind. In der Gemeindeordnung steht, für welche Belange der Stadtschreiber zuständig ist. Der Gemeinderat wählt den Wahlausschuss, welcher einen Einer- oder Zweier-Vorschlag unterbreiten wird. Sie macht die Basisarbeiten. Dann wird es im Wahlausschuss besprochen, in dem jede Partei vertreten ist.
- 2.3.2 Stadtschreiberin Luzia Meister meint, dass man ihr vertrauensvoll Fragen stellen kann.
- 2.3.3 François Scheidegger betont, dass man weiss, was die Stelle Stadtschreiber/in zu tun hat. Man muss nicht etwas neu erfinden. Wichtig ist, dass man mit der Ausschreibung die optimalen Bewerber erreicht. Der Wahlausschuss wird den ganzen Prozess begleiten.
- 2.3.4 Gemeinderat Patrick Crausaz ist ebenfalls der Meinung, dass das Personalamt in der Lage ist, so ein Anforderungsprofil zu formulieren. Wenn der Wahlausschuss das Gefühl hat, dass etwas fehlt, kann er es sagen. Das ist demokratischer. Von Anfang an externe Fachleute hinzuzuziehen, ist nicht zielführend.
- 2.3.5 Esther Müller-Cernoch ist Mitglied von Persuisse (Konferenz der Personalleiter/innen des Bundes, aller Kantone und von ca. 20 schweizerischen Städten) und kann immer noch andere Kolleg/innen fragen.
- 2.3.6 Robert Gerber warnt vor Verzögerungen. Man darf nicht in Verzug geraten. Erfahrungsgemäss geht es 6 Monate, bis etwas auf dem Tisch ist. Man muss die Leute heute in den Wahlausschuss wählen, damit der Rekrutierungsprozess zeitnah im Februar 2024 gestartet werden kann. Es ist Aufgabe des Wahlausschusses zu prüfen, ob das, was ihm vorgesetzt wird, richtig ist.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Anträge und Beschlussesentwurf
- 3.1.1 Ziff. 4.1 wird einstimmig gutgeheissen.
- 3.1.2 Zu Ziff. 4.2 meint Matthias Meier-Moreno, dass zwingend noch ein zweites FDP-Mitglied (Gemeinderat) in den Wahlausschuss gehört. Es geht um die Zukunft.

Der Stadtpräsident ist das Oberhaupt der Gemeinde, ihm ist der Stadtschreiber direkt unterstellt. François Scheidegger hat eine andere Rolle.

- 3.1.2.1 Gemäss François Scheidegger ist der Gemeinderat frei, wie er den Wahlausschuss zusammensetzt. Er bittet zu beachten, dass es keine Stellvertretungen gibt.

Der Antrag wird einstimmig gutgeheissen.

- 3.1.2.2 Die GR-Fraktionen nominieren folgende Mitglieder:

- FDP: Robert Gerber
- SVP: Ivo von Büren
- SP: Angela Kummer
- Mitte: Matthias Meier-Moreno
- GLP: Patrick Crausaz

Mitglieder von Amtes wegen sind der Stadtpräsident (mit Stimmrecht) und die Leiterin Personalamt (ohne Stimmrecht).

- 3.1.3 Robert Gerber erkundigt sich, ob das Personalamt etwas im Budget 2024 für Beratung und Assessments eingestellt hat oder es einen Nachtragskredit gibt.

- 3.1.3.1 Esther Müller-Cernoch erklärt, dass man die erste Ausschreibung selbst macht. Eine volle Begleitung kostet CHF 20'000.00 bis CHF 30'000.00. Man kann immer noch jemanden beratend hinzuziehen, wenn man nicht weiterkommt. Je nachdem, wie viele Assessments es sind, liegt der Betrag entweder in der Finanzkompetenz des Stadtpräsidenten oder der Gemeinderatskommission.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Stelle Nr. 6 Stadtschreiber/in 100%-Stellenpensum wird zur Wiederbesetzung per 1. Juni 2024 freigeben.

- 4.2 Folgende Personen werden in den Wahlausschuss gewählt:

- FDP: Stadtpräsident François Scheidegger, von Amtes wegen (mit Stimmrecht)
- FDP: Robert Gerber
- SVP: Ivo von Büren
- SP: Angela Kummer
- Mitte: Matthias Meier-Moreno
- GLP: Patrick Crausaz
- Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, von Amtes wegen (ohne Stimmrecht)

Vollzug: PA

PA
FV

0.2.2 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 23. Januar 2024

Beschluss Nr. 2125

Mitteilungen und Verschiedenes

1 Gemeinderat Richard Aschberger: Genesungswünsche

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger spricht Gemeinderat Richard Aschberger, auch im Namen des Gemeinderates, von Herzen die besten Genesungswünsche aus und überreicht ihm ein Geschenk.



Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 23. Januar 2024

Beschluss Nr. 2126

VERTRAULICH

